

Antrag

öffentlich

Datum	19.12.2022	Nummer	A0258/22
-------	------------	--------	----------

Absender

Fraktion DIE LINKE

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates
Prof. Dr. Alexander Pott

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

19.01.2023

Kurztitel

Unterstützung pflegender Angehöriger*

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt darzustellen, wie künftig pflegende Angehörige* in der Landeshauptstadt Magdeburg besser unterstützt und entlastet werden können und dem Stadtrat bis zum 31.10.2023 einen entsprechenden Maßnahmeplan zur Beschlussfassung vorzulegen. Dabei sind auch BestPracticeBeispiele anderer Kommunen für die Umsetzung in Magdeburg zu prüfen sowie Interessenverbände wie auch der Seniorenbeirat u.a.m. einzubeziehen.

Begründung:

Egal, welche Quellen man heranzieht, der Tenor ist fast immer und das seit Jahren im Grundsatz derselbe: „Pflegerische Angehörige sind hoch belastet und gefühlt allein gelassen“ titelte bspw. bereits 2019 das Ärzteblatt (Vgl. <https://www.aerzteblatt.de/archiv/210859/Pflegerische-Angehoeerige-Hoch-belastet-und-gefuehlt-allein-gelassen>). Daran hat sich leider auch wenig geändert, die Situation allenfalls noch mehr zugespitzt, wie der aktuelle DAK-Pflegereport 2022 belegt: Die DAK-Gesundheit fordert darin am 13.12.22 eine deutliche Entlastung für pflegende Angehörige. Deren enorme gesellschaftliche Leistung belegt der DAK-Pflegereport 2022 „Häusliche Pflege – das Rückgrat der Pflege in Deutschland“. Die Zahl zu Hause gepflegter Menschen nimmt demnach weiter zu: Im Jahr 2021 wurden 4,6 Millionen gesetzlich Versicherte von ihrer Pflegekasse unterstützt, im Jahr zuvor waren es noch 4,3 Millionen. Dabei hat sich der Anteil der stationär Gepflegten kaum verändert. DAK-Vorstandschef Andreas Storm fordert, die häusliche Pflege zu stärken. Das Pflegegeld müsse 2023 erhöht und das im Koalitionsvertrag beschlossene Entlastungsbudget zügig eingeführt werden. Dem müssten Reformen für eine bessere Unterstützung vor Ort folgen. 86 Prozent der Bevölkerung finden laut DAK-Pflegereport, die Politik müsste mehr für die Pflege tun. (Vgl. <https://www.dak.de/dak/bundesthemen/dak-pflegereport-2022-pflegerische-angehoerige-brauchen-entlastung-2593820.html#/>)

Auch wenn hierbei insbesondere auch die Bundespolitik gefragt ist, heißt es nicht, dass die Kommunalpolitik gar nichts tun kann. Schließlich findet die Pflege auch hier vor Ort statt, sind sowohl zu Pflegerische* wie auch pflegende Angehörige* Bürger*innen unserer Stadt, die neben Anerkennung vor allem auch Entlastung und Entspannung durch entsprechende Angebote benötigen. Ob hierfür das immer wieder gern seit Jahren angeführte „Alibi“-Netzwerk „Gute Pflege“ allein herhalten kann und als zukunftsfest und passgenau gilt, darf durchaus bezweifelt werden. Wer dies in Abrede stellt, sollte sich einmal selbst direkt in den Pflegedschungel begeben und mit Pflegekassen en face kommunizieren lernen, um zu erkennen, dass es offenbar

zuförderst darum geht, gesetzlich fixierte Leistungen eher nicht erbringen zu müssen und nach entsprechenden Ausnahmen und teilweise willkürlichen Ermessensspielräumen zu suchen.

Nadja Lösch
Fraktionsvorsitzende

René Hempel
Fraktionsvorsitzender

Oliver Müller
Stadtrat